

„Die freien Berufe sind eine Wertegemeinschaft“

VFB verabschiedet Resolution gegen Extremismus und Ausgrenzung

Das Klima in den Praxen wird rauer – das hat eine Umfrage der KZVB bestätigt, über die wir in der letzten Ausgabe des BZB berichteten. Demnach wurden 73 Prozent der Teilnehmer schon einmal von Patienten beleidigt, bedroht oder angegriffen. Auch in der politischen Auseinandersetzung nehmen Hass und Hetze zu.



Das VFB-Präsidium spricht sich gegen jede Form von Extremismus aus (v. l.): Dr. Markus Beck, Franziska Scharpf, Karlheinz Beer, Dr. Thomas Kuhn, Alexander Lyssoudis, Eva Maria Reichart, Prof. Dr. Hartmut Schwab, Dr. Andrea Albert und Dr. Bruno Waldvogel.

Ob und wie sich das auf den Bundestagswahlkampf auswirken wird, bleibt abzuwarten. Doch klar ist: Das Erstarken rechts- und linksextremer Parteien hinterlässt Spuren. Hinzu kommen Konflikte wie die Kriege in der Ukraine oder in Israel, die sich auch hierzulande auswirken. So wächst die Zahl antisemitischer Ausschreitungen kontinuierlich. Aber auch Gewalt von und gegen Migranten wird immer mehr zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. Der Verband Freier Berufe in Bayern e.V. (VFB) will dem nicht schweigend zusehen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution verurteilt er aufs Schärfste jede Form von Extremismus und tritt für eine offene, vielfältige und freiheit-

liche Gesellschaft ein. Gerne veröffentlichen wir die Resolution in voller Länge.

Für Demokratie, Menschenrechte und Freiheit

„Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist unverhandelbar. Die freien Berufe wenden sich gegen jegliche Form von Extremismus und Ausgrenzung und sind für eine offene, vielfältige und freiheitliche Gesellschaft.

Die freien Berufe sind eine Wertegemeinschaft, wir stehen für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Integration. Unsere flächendeckenden

Strukturen werden durch Kolleginnen und Kollegen mit einer Zuwanderungsgeschichte bereichert und ermöglicht.

Die freien Berufe sind auf eine offene und freiheitliche Gesellschaft angewiesen, denn nur so können sie ihre für die Gesellschaft wichtigen Aufgaben wirkungsvoll und am Gemeinwohl orientiert erfüllen.

In einer Demokratie zu leben, ist nicht selbstverständlich. Wir alle sind aufgefordert, gemeinsam Verantwortung für ein aufgeschlossenes, freiheitliches und respektvolles Miteinander zu übernehmen.“

Redaktion